

# EXTRA

ZENTRALBLATT für den

## BILANZ DER

Mit dieser Sondernummer will der AstA der Uni Hamburg die studentische Öffentlichkeit zusammenfassend über einige Schwerpunkte seiner politischen Arbeit im laufenden Semester informieren. In den folgenden Beiträgen geht es dem AstA darum, konkrete Ergebnisse, die in praktischer Politik erzielt worden sind, darzustellen. Er setzt sich damit von denjenigen Gruppen ab, deren Politik sich weitgehend auf programmatische Erklärungen reduziert.

### Selbstorganisation der Fachhochschulen Kooperation im Ges

Seit 1 1/2 Jahren arbeitet der Hamburger AstA kontinuierlich im "Arbeitskreis Hamburger Asten". Er hat sich am Aufbau der Selbstorganisation (SO) aktiv beteiligt.

#### Entwicklung

Bis Oktober 1969 war der Asten AK weitgehend unverbindlich tagender Gesprächskreis. Akademiegesezt, EWG-Anerkennung der Ingenieure, fortschrittliches Fachhochschulgesetz: dies waren die Forderungen, aus denen sich die notwendige, wenn auch unverbindliche Kommunikation ergab. Die wenigen gemeinsamen Aktionen fanden zwar ihre Ableitung aus dem allgemeinen Widerstand gegen das vom Senat nach dem Muster des Uni G geschneiderte Fachhochschulgesetz, er war jedoch schlecht koordiniert und damit wirkungslos.

In dieser Situation wurde erstmals im Oktober 1969 der Aufbau einer zentralen Selbstorganisation aller Fachhochschüler angeregt. Sie trat erst später in die Phase der Realisierung.

Zunächst ging der Zusammenschluß der fortschrittlichsten und aktivsten Fachhochschüler zu einer "sozialistischen Gruppe an der FHS" voraus. Neben der Arbeit im Asten-AK, einem relativ pluralistisch zusammengesetzten Gremium, begannen sie mit einer Grundschulung.

Nach einer Reihe mangelhaft vorbereiteter Aktionen wurde der Aufbau einer zentralen Selbstorganisation allgemein als Notwendigkeit akzeptiert.

Das bevorstehende Fachhochschulgesetz, die darin aufdiktierte dezentralisierte Zwangsorganisation der Studenten, die unzureichenden Mitsprache- und Selbstverwaltungsmöglichkeiten wirkten beim Aufbau der SO als beschleunigender Faktor. Die Aufgaben des Asten AK wurden nunmehr von der allgemeinen Situation im FHS-Bereich bestimmt. (vergl. auch Kap. zur Gebühren-Kampagne).

Die Einsicht in die Notwendigkeit einer allgemeinen, verbindlich arbeitenden zentralen Selbstorganisation aller Fachbereiche (Schulen) wurde als dringende Aufgabe begriffen.

Die technisch-organisatorischen Vorbereitungen übernahm ein vorläufiges Organisations-Kollektiv (OK). Es setzte sich aus Vertretern des Asten AK zusammen. Aufgaben des OK:

1. Aufbau einer Informationszentrale
2. Versuch einer Bestandsaufnahme im FHS-Bereich, um die politischen und organisatorischen Schritte für die Weiterarbeit zu bestimmen.
3. Erarbeitung einer Grundrißkonzeption für die Agitation an einzelnen Schulen anhand der Bestandsaufnahme.
4. Daraus Entwicklung eines Aufgaben-Katalogs für den Asten AK mit u. a. folgenden Themen:

30.6.70

# ZAS BLATT AUSBILDUNGSSEKTOR

## ASTA-POLITIK

Gleichzeitig ist diese Ausgabe eine Kampfansage an alle Kräfte, die versuchen, die linke Opposition durch Auflösung der autonomen studentischen Organe ASTa und SP sei es durch völlige Abschaffung oder durch Kettung an die Institutionen des UniG zu entmachten.

Die abgedruckten Beiträge haben nur exemplarischen Charakter. Umfassende Informationen zu den umrissenen Komplexen geben die Ausgaben von ZAS.

### Hochschulen: Modell regionaler samthochschulbereich

- Ausarbeitung eines konkreten Programms der SO
- Überblick über die Bildungspolitik der SPD in Hamburg
- tech.-org. Aufgaben: Schaubilder, Plakate, Handzettel etc.

#### Einleitung des SO an den Fachhochschulen

Die Mehrheit der Fachhochschüler hat auf den Vollversammlungen die Notwendigkeit einer selbständigen Organisation erkannt, befürwortet und die ersten Konsequenzen daraus gezogen. Wichtige Vorarbeit hatte dafür das OK geleistet: So unterstützte es den Streik der Ing. Schule am Berlinertor und versuchte dort, die Notwendigkeit der SO der breiten Studentenschaft einsichtig zu machen. Es wurden SO-Arbeitsgruppen gebildet, die die Aufgaben des OK bis zur Wahl eines vorl. Zentralrats wahrnahmen. Für die weitere Arbeit war es notwendig, sowohl die spezifischen Interessen der versch. Fachbereiche zu formulieren als auch übergreifende Aktionen (Studiengebühren, NC, allgemeine Ausbildungsbedingungen) zum Aufzeigen bildungspolitischer Zusammenhänge durchzuführen. Der AK initiierte Vollversammlungen und SO-Arbeitsgruppen in den verschiedenen Fachbereichen. Sie hatten die Aufgabe, agitatorische und technische Vorarbeiten

für die Wahl des kommissarischen ASTa (Fachbereichs-ASTa) zu leisten. Mit der zunehmenden Mitarbeit neugewählter SO-Vertreter wurde der ASTa AK zum kommissarischen Plenum umbenannt. Ein vorläufiger Zentralrat wurde aus der Mitte des Plenums als ausführendes Organ gewählt. Inzwischen wurde vom Zentralrat der SO in Zusammenarbeit mit dem Plenum ein Fragebogen erarbeitet und an die Studenten aller Fachbereiche verteilt. Er soll Aufschluß geben über die Mängel und Unzulänglichkeiten innerhalb der Ausbildung und die soziale Situation der Studenten untersuchen.

Die besondere Situation in Hamburg (viele Fachschulen, Universität und Hochschulen auf engstem Raum) begünstigt eine übergreifende Selbstorganisation aller Fach- und Hochschulstudenten. In Städten wie Berlin, Frankfurt, München dürften ähnliche Modelle wie das in Hamburg realisierbar sein. In Bremen ist inzwischen mit dem Arbeitskreis Bremer ASTen ein Anfang gemacht worden.

# ZELLE GESUNDHEITS SEKTOR

Die Zelle der Gesundheitssektor ist die Organisation der sozialistischen Medizinstudenten. Sie verfolgt eine Politik, die sich zum Ziel gesetzt hat, den Klassencharakter der Medizin und des Gesundheitswesens in der BRD der Masse der Kassenpatienten, d. h. den lohnabhängigen Teilen der Bevölkerung zu verdeutlichen und gemeinsam mit ihnen zu bekämpfen.

Eine Politik von sozialistischen Medizinstudenten im Hochschul- und Klinikbereich erhält ihre Ausrichtung und Grenzen durch die Gesundheitsbedürfnisse aller Patienten. Darin unterscheidet sich unser Standpunkt grundsätzlich von der arbeitnehmerfeindlichen Haltung der reaktionären ärztlichen Standesorganisation. Ärztekammern, Hartmannbund u. a. sind mit verantwortlich für die Krise der gesundheitlichen Versorgung ebenso wie für die Katsrophe der medizinischen Ausbildung. Die Verhinderung des Ausbaus eines Systems kostenloser Gesundheitseinrichtungen, die Forderung des Numerus Clausus in der Medizin die Experimente zur Aufrechterhaltung der anachronistischen Organisation der ärztlichen Einzelpraxis sind nur einige Beispiele.

Nicht die unglaubliche Naivität, verknüpft mit politische Ahnungslosigkeit, sondern ihre materiellen Interessen als Abteilung der Bourgeoisie bestimmen die Politik der Ärzteschaft. Diese Rolle gehört für sie als Gesamtheit bereits der Vergangenheit an. Mit der zunehmenden Kapitalisierung der Medizin (Technokratisierung und Rationalisierung) verschärfen sich die Widersprüche nicht nur der ärztlichen Versorgung der Bevölkerung, sondern auch innerhalb der ärztlichen Praxis und der medizinischen Ausbildung. Die deutlichen Dequalifizierungstendenzen in der ,medizinischen Arbeit der Masse der Allgemeinpraktiker, deren lebendige Dienstleistung gegenüber der toten Leistung der Industrie der medizinischen Apparate und des Pharmakons immer mehr in den Hintergrund tritt, bedingen den Qualitätsverlust der ärztlichen Behandlung (Psychopharmaka beseitigen nur die Symptome) bei ständig wachsenden Preisen (im Preis des Medikaments sind ca. 20% Werbungskosten, nur 5% Forschungskosten enthalten) einerseits und die quantitative (Reduzierung des Mediziner-Outputs von 1962 bis heute auf 1/3 des Bestandes von 1962) wie qualitative (ca. 60% der Medizinstudenten erwerben ihr Wissen heute autodidaktisch) Verschlechterung der med. Ausbildungssituation andererseits.

Von der Einsicht ausgehend, daß Krankheit heute immer weniger natürliches Schicksal, sondern aus den sozialen Verhältnissen der Gesellschaft selbst, d. h. aus den Bedingungen der Herrschaft von Menschen (Kapital) über Menschen (Lohnarbeit) entsteht (Bedeutungsverschiebung von der Somaiose und Psychose hin zur Soziose) wird die Frage der Emanzipation von Krankheit tendenziell identisch mit der Frage der Emanzipation von Herrschaft überhaupt.

Wir haben im im Laufe der Studentenbewegung die emanzipatorischen Potenzen der Wissenschaft aufgedeckt und sie in den Dienst der Arbeiterklasse gestellt. . Sich in seinem sozialen Bereich in den Dienst der Arbeiterklasse zu stellen heißt nicht seine heutigen, sondern auch seine zukünftigen Interessen vertreten . Das ist die Linie unserer Hochschulpolitik. Nur in diesem Sinne ist Fachschaftspolitik nicht reaktionär, sonder progressiv.

STÄRKT DIE FACHSCHAFT!



## ASTA--

Neben der sozialen Betreuung von Ausländern bestand eine der wesentlichen Aufgaben des ASTA-Auslandsreferats im SS 70 in der Auseinandersetzung mit der Universitätsbürokratie. Im Laufe der Bestrebungen, jegliche politische Tätigkeit der Ausländer in der BRD zu unterbinden, wurde auch vom Senatsausschuß für Internationale Hochschulbeziehungen (überwiegend nicht-studentische Vertreter) versucht, mit Hilfe der Vergaberichtlinien des Auswärtigen Amtes einen Beschluß zu fassen, nachdem der Löwenanteil der bisher für politische Veranstaltungen verwendeten Mittel gestrichen werden sollte. Eine Pauschale von DM 2.000, -- sollte dabei die vom Auslandsreferat veranschlagten rund DM 7.500, -- 'ersetzen'. Dabei wurden vom Senat beauftragten Äußerungen wie "die Studenten sind hier, um zu studieren und nicht um Politik zu machen" getan. Sie liefen eindeutig auf politische Disziplinierung hinaus. Die rechten Studentenvertreter im Senatsausschuß und im Akademischen Senat beteiligten sich aktiv

an die  
wurde  
setzu  
mit d  
ierte  
digung  
durch  
des E  
misch  
Ford  
Auslä  
Das /  
Verat  
umfa

1. Na  
2. Se  
de  
3. Se

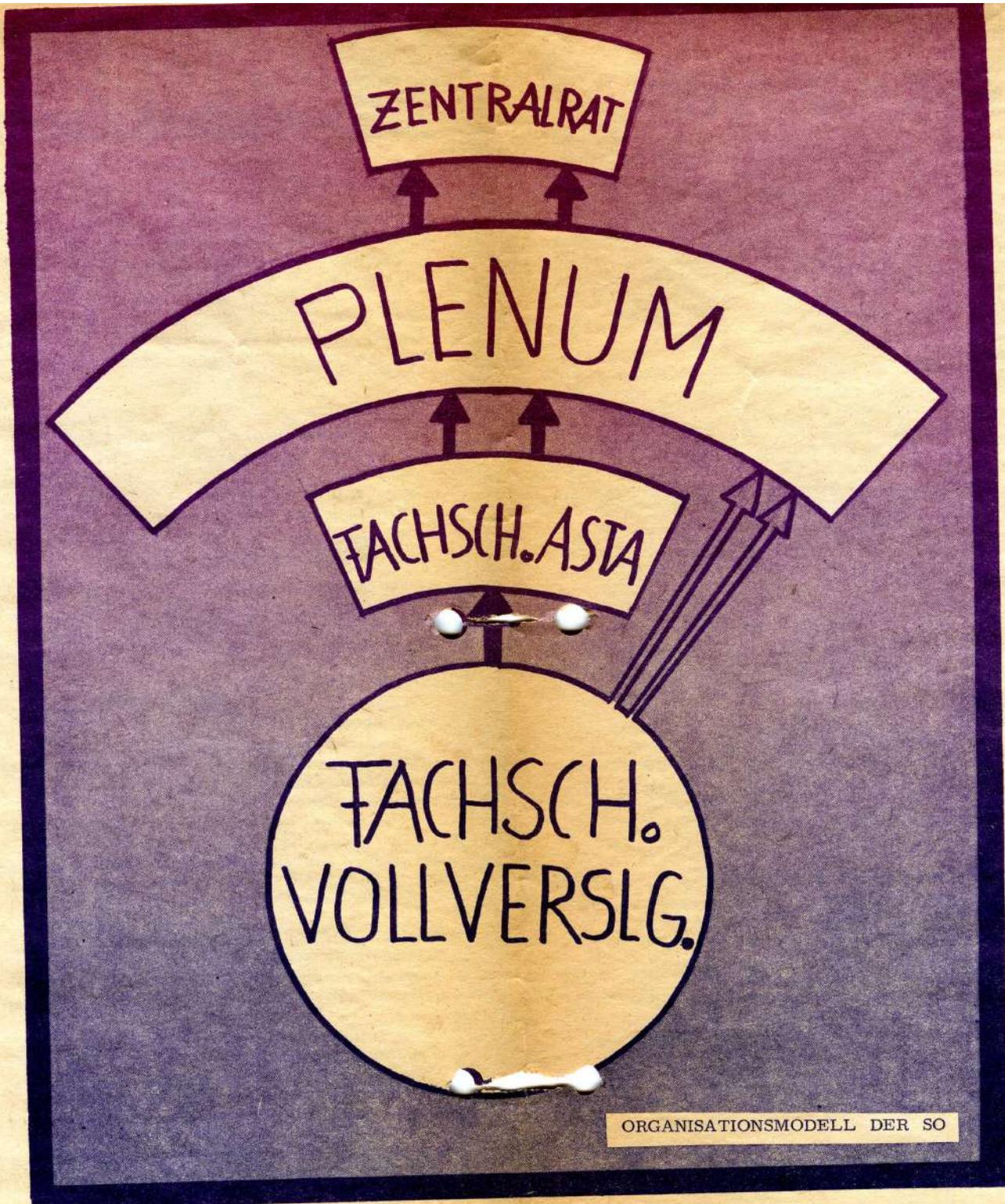
TS

Organisation  
erfolgt  
den  
dehts-  
ienten,  
ung zu  
ekämpfen.

enten im  
srichtung  
se aller  
andpunkt  
en  
rganisa-  
nd mit  
ichen  
r medi-  
Ausbaus  
chtungen,  
Medizin  
nachro-  
lpraxis

it politische  
Interesseb  
e Politik  
als  
it der zu-  
chnokra-  
sich die  
orgung der  
ztlichen  
Die deut-  
edizi-  
ktiker,  
er toten  
pparate  
nter-  
er ärst-  
gen nur  
sen (im  
ungs-  
einerseits  
ziner-  
andes von  
tudenten  
Verschlech  
rerseits.

heute  
ern aus  
t selbst,  
on Men-  
) entsteht  
e und Psy-  
Emanzi-  
mit der  
berhaupt.  
ung die  
haft auf-  
klasse  
in den  
nicht  
tigen Inter-  
er Hoch-  
schaftspolitik



ORGANISATIONSMODELL DER SO

# ASTA – Ausländerarbeit

Neben der sozialen Betreuung von Ausländern bestand eine der wesentlichen Aufgaben des ASTA-Auslandsreferats im SS 70 in der Auseinandersetzung mit der Universitätsbürokratie. Im Laufe der Bestrebungen, jegliche politische Tätigkeit der Ausländer in der BRD zu unterbinden, wurde auch vom Senatsausschuß für Internationale Hochschulbeziehungen (überwiegend nicht-studentische Vertreter) versucht, mit Hilfe der Vergaberichtlinien des Auswärtigen Amtes einen Beschluß zu fassen, nachdem der Löwenanteil der bisher für politische Veranstaltungen verwendeten Mittel gestrichen werden sollte. Eine Pauschale von DM 2.000, -- sollte dabei die vom Auslandsreferat veranschlagten rund DM 7.500, -- 'ersetzen'. Dabei wurden vom Senat sbeauftragten Äußerungen wie "die Studenten sind hier, um zu studieren und nicht um Politik zu machen" getan. Sie liefen eindeutig auf politische Disziplinierung hinaus. Die rechten Studentenvertreter im Senatsausschuß und im Akademischen Senat beteiligten sich aktiv

an diesem Disziplinierungsversuch. Mit ihren Stimmen wurde auch der ASTA-Antrag auf halbpäritätische Besetzung des Senatsausschusses abgelehnt. Gemeinsam mit den ausländischen Studentenvereinigungen protestierte das ASTA-Auslandsreferat gegen diesen Entmündigungsversuch seitens der Universität. Sie erreichten durch massive Intervention die vorläufige Aufhebung des Beschlusses. Im Vergabeausschuß des Akademischen Auslandsamtes hat der ASTA inzwischen seine Forderung nach Bewilligung des gesamten, für seine Ausländerarbeit nötigen Betrages durchgesetzt. Das Auslandsreferat konnte somit eine Reihe politischer Veranstaltungen durchführen. Das Seminarprogramm umfaßt folgende Veranstaltungen:

1. Nahost-Seminar
2. Seminar über die wirtschaftspolitische Entwicklung der Peripherieländer
3. Seminar über die Befreiungsbewegungen der 3. Welt

BO

In Eine  
nische  
antiauf  
Die ap  
pers s  
denten  
demok  
im IR,  
die an  
mobil  
Wisse  
ideolo  
Wisse  
nistik  
Teiler  
bestin  
einen

Die P  
Roma  
indem  
tische  
herau  
die si  
der h  
wollen  
im S  
stützt  
Grund  
ein.  
Für e  
tische  
Prose  
herr  
Basis  
nach  
marx  
eman  
wer  
die  
dies  
Gru  
Stu  
Uni  
zur  
Erf  
fror  
blei  
trie  
Nur  
Bas  
beg  
flik  
Stu  
ris

4.  
5.  
6.  
7.  
8.  
a)  
b)  
c)  
d)  
e)  
f)  
De  
so  
po  
we  
de  
Ei  
P

RALRAT

VNUM

.ASTA

SCH.  
RSLG.

ORGANISATIONSMODELL DER SO

## -Ausländerarbeit

an diesem Disziplinierungsversuch. Mit ihren Stimmen wurde auch der AStA-Antrag auf halbpäritätische Besetzung des Senatsausschusses abgelehnt. Gemeinsam mit den ausländischen Studentenvereinigungen protestierte das AStA-Auslandsreferat gegen diesen Entmündigungsversuch seitens der Universität. Sie erreichten durch massive Intervention die vorläufige Aufhebung des Beschlusses. Im Vergabeausschuß des Akademischen Auslandsamtes hat der AStA inzwischen seine Forderung nach Bewilligung des gesamten, für seine Ausländerarbeit nötigen Betrages durchgesetzt. Das Auslandsreferat konnte somit eine Reihe politischer Veranstaltungen durchführen. Das Seminarprogramm umfaßt folgende Veranstaltungen:

1. Nahost-Seminar
2. Seminar über die wirtschaftspolitische Entwicklung der Peripherieländer
3. Seminar über die Befreiungsbewegungen der 3. Welt

# Arbeit der BG Romanistik

In Einschätzung der gegenwärtigen Lage am Romanischen Seminar verfolgt die BG Romanistik eine teils antiautoritäre, teils wissenschaftskritische Strategie. Die apolitische Haltung des erzreaktionären Lehrkörpers sowie die indifferente Haltung der meisten Studenten am Rom. Sem. führte schon bei elementaren demokratischen Forderungen (Status der Öffentlichkeit im IR, Parität des IR) zu antiautoritären Konflikten, die an die Studenten vermittelt wurden, um eine Primärmobilisierung für eine Kritik an der herrschenden Wissenschaftspraxis und für eine Umwandlung der ideologieträchtigen Romanistik in eine emanzipatorische Wissenschaft zu erreichen. Im Gegensatz zur Germanistik können wir nicht mit liberalen oder progressiven Teilen im Lehrkörper rechnen, sondern die Professoren bestimmen ihre Position in der Gesellschaft offen als einen Dienst für das Kapital.

Die Problematisierung dieser systemstabilisierenden Romanistik initiierte die BG Rom. Ende des WS 69/70, indem ein Interpretationsseminar in ein methodenkritisches Sem. umfunktionierte wurde. Aus diesem Sem. heraus bilden sich in diesen Semesterferien Kollektive, die sich in einer Mobilisierungsschulung zur Kritik der herrschenden Ideologie in der LWS befähigen wollen. Die BG Rom., die sich als Aktivistenkollektiv im Sinne der Massenlinie des AStA begreift, unterstützt diese Schulung und richtet parallel dazu eine Grundschulung in die marxistische Erkenntnistheorie ein.

Für das WS 70/71 ist die Umfunktionierung positivistischer und werkimmanenter Einführungskurse und Prosem. projektiert, um die Problematisierung des herrschenden Wissenschaftsbegriffs auf eine breitere Basis zu stellen. Die daraus erwachsende Forderung nach soz. Lehrinhalten (Kritik der politischen Ökonomie, marx. Literaturwissenschaftler, Vorbereitung auf eine emanzipatorische Schulpraxis) kann aber nur verwirklicht werden, wenn in den betreffenden Gremien (IR, FBR) die Studenten angemessen vertreten sind. Verhandlungen diesbezüglich führten zu keinem Ergebnis. Aus diesem Grunde ist der IR Romanistik schon zweimal von Studenten gesprengt worden, was dazu führte, daß der Universitätspräsident die verstockten Professoren zur Vernunft bekehren wollte - das allerdings auch ohne Erfolg. Angesichts dieser erzreaktionären Ordinarienfrent, die von Assistenten und Dozenten gestärkt wird, bleibt nur noch die Möglichkeit, den Wissenschaftsbetrieb im Rom. Sem. permanent anzugreifen. Nur in dieser Verbindung - Schaffung einer breiten Basis, die eine Kritik des herrschenden Wissenschaftsbegriffs durchführt und Schaffung antiautoritärer Konflikte, die zu einer angemessenen Repräsentanz soz. Studenten im IR führt - nur so lassen sich emanzipatorische Inhalte in die Wissenschaft einbringen.

4. Seminar über das Verhältnis zwischen den Industriestaaten einerseits und der Peripherieländer andererseits, (Emigrationsfragen usw.)
5. Bildung eines "Komitees für ausländische Studenten"
6. Unterstützung der Trikont-Arbeitsgemeinschaft 3. Welt
7. Förderung der Arbeit des Palästina-Komitees
8. Durchführung einer Reihe von Vorträgen z. B.:
  - a) Neue Tendenzen in der Weltwirtschaft
  - b) Analyse des Pearson-Berichts
  - c) Bevölkerungsexplosion in der 3. Welt
  - d) Amerikanisches Engagement in Südost-Asien
  - e) Rolle Chinas in der 3. Welt
  - f) Kuba - ein Modellfall für Lateinamerika ?

Darüberhinaus wurde eine Reihe von Publikationen, so z. B. eine Broschüre, in der die Referate des portugiesischen Kolonienseminars zusammengefaßt worden sind, herausgegeben. In Zusammenarbeit mit der GUPS wurde eine Palästina-Woche durchgeführt. Eine Sonderausgabe von ZAS wurde zum Problem des Palästina-Konflikts vom AStA herausgegeben.

# BASISARBEIT S ASTA U

## KAMPF GEGEN DIE AUFLÖSUNG VON ASTA UND SP

Im Zusammenhang mit dem Uni-Gesetz wurde auch in Hamburg, analog zu Berlin, die Abschaffung von Studentenparlament und ASTa diskutiert. Aus dieser Situation heraus wurde erfolgreich der Boykott des Konzils 1969 proklamiert, um den politischen Instanzen klarzumachen, daß die Studentenschaft auf ihren autonomen Organen besteht. Es ist unbestritten, daß eine Kooperation der Studentenvertreter in den Universitätsgremien mit dem Studentenparlament und dem ASTa notwendig ist, um eine gemeinsame Politik zu entwickeln und durchzusetzen. Die Lösung dieser Problematik kann jedoch nicht als rein technische Frage angesehen werden, die Abschaffung der autonomen Organe bedeutet die Preisgabe einer politisch wichtigen Position. Nicht zufällig hatte bereits Ex-Rektor Ehrlicher die Abschaffung des Studentenparlaments und des ASTa mit der Begründung gefordert, die nicht-integrierte Studentenvertretung (ASTa, SP) sei von Universitäts- und Hochschulbürokratie kaum zu kontrollieren, da sie beispielsweise ihre Wahlverfahren etc. selbst regelt, während die "integrierte Studentenvertretung" im Konzil nach einer von der Hochschulabteilung erlassenen Wahlordnung gewählt werden (Brief an die Vorsitzenden der Bürgerschaftsfraktionen vom 19. Aug. 1969).

Wer also die Abschaffung der autonomen Organe der Studentenschaft fordert, konstruiert eine faktisch nicht vorhandene Interessenidentität zwischen Ordinarien, Assistenten und Studenten und ermöglicht es Ordinarien und Hochschulabteilung, über Wahlordnungen,

Aufgabendefinition etc. in die Belange der Studentenschaft einzugreifen. Als Nebeneffekt erhofft man sich eine Finanzierung der Verwaltungsaufgaben der Universität durch die Beiträge der Studentenschaft (Ehrlicher-Brief S. 3/4, DA-Pläne, vergl. Konzil-Info)

Gegenwärtig wird die Auflösung des Studentenparlament und des aus ihm gewählten ASTa zugunsten der studentischen Konzilsfraktion von RCDS/DA erneut hochgespielt. Von der Koppelung der bisher noch autonomen studentischen Selbstverwaltungsorgane an die vom UniG vorgeschriebenen akademischen Organe erhoffen sie sich eine letzte Einflußmöglichkeit auf die studentische Selbstorganisation, die sie durch drei Parlamentswahlen nicht erlangen konnten. Vor diesem Hintergrund sind alle Dementis und ihre Parolen von der "Einheit der Studentenschaft" ein durchsichtiges Manöver.

Die Studentenschaft muß diese Eingriffsversuche mit einer Stärkung ihrer autonomen Organe beantworten, sie kann nicht zulassen, daß durch die opportunistische Politik einiger ihrer jetzigen Konzilsvertreter die Hilfe der Studenten in Hamburg realisiert wird, was in Bayern gegen denerbitterten Widerstand der Studenten von der CSU-Regierung per Hochschulgesetz erzwungen wurde: die Abschaffung der autonomen Organe der Studentenschaft.

### arbeiterbuch

politische buchhandlung 2 Hamburg 13  
grindelhof 45

SCHRIFTEN DES MARXISMUS--  
LENINISMUS  
GESCHICHTE DER  
ARBEITERBEWEGUNG  
PROLETARISCHE REVOLUTION  
& KONTERREVOLUTION  
INTERNATIONALE  
KOMMUNISTISCHE PRESSE  
RAUBDRUCKE  
ORGAN DER ORGANISATION  
S.A.L.Z.



#### NEU:

- Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution 20,- DM
- Das rote Gewerkschaftsbuch 5,- DM
- Septemberstreiks 1969 10,- DM
- Darstellung, Analyse, Dokumente  
Der autoritäre Charakter  
Bde. I + II je 12,- DM
- Kritische Theorie I, II, III  
NEU: Band IV je 12,- DM
- Friedhelm Nyssen, Schule im  
Kapitalismus nur 5,- DM
- Sämtliche Hefte aus der Reihe  
DAS ARGUMENT
- Sämtliche Nummern aus der Reihe  
SOZIALISTISCHE POLITIK

GENOSSEN KAUFEN BEI GENOSSEN !

"arbeiterbuch" ist Organ und Kontakt-  
adresse des  
SOZIALISTISCHEN ARBEITER-UND  
LEHRLINGSZENTRUMS

TELEFON: 4 5 3 8 0 1

# TÄRKEN DURCH UND SP

## Informationspolitik: (Überblick)

Ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt des AstA war die Vermittlung seiner politischen Arbeit sowie der Arbeit der aktiven Gruppen an die studentische und nicht-studentische Öffentlichkeit. Unter diesem Gesichtspunkt hat er über ZAS und AstA -Info hinaus die Massenmedien benutzt.

### Fernsehen:

- 32.1. 70 III 'Aktuell': "Numerus Clausus"
- 9.2. 70 III 'Aktuell': "Leussink-Thesen"
- 13.3. 70 TV-Diskussion zum NC
- 10.4. 70 III 'Aktuell': "Universitätsgründung Bremen"
- 29.6.70 III 'Aktuell': "Wahl d. Bremer Gründungsrektors"

### Funk:

- 4.1. Radio Bremen "Universitätsgründung"
- 22.1. NDR-Interview zum Numerus Clausus
- 6.3. Bremer Universität
- 13.4. NDR-Interview zur Gebührenverweigerung
- Mitte April: NDR-Interview "AstA-Stellungnahme zur versuchten Gründung einer Junta-treuen griechischen Stud. Vereinigung."

### Tageszeitungen/Presseagenturen

dpa-Informations-Interview über die Arbeit in Projektbereichen u. im AstA-AK  
Die Berge d. Zeitung veröffentlichte auf dieser Grundlage einen umfassenden Artikel  
( )

Anlässlich der AstA-Neuwahl gab der AstA an das Abendblatt auf dessen Wunsch eine Presseerklärung heraus. Trotz Zusage, keine inhaltlichen Veränderungen vorzunehmen, erschien ein Artikel, der die AstA-Erklärung grob verzerrt wiedergab.

9.4. 70 Presseerklärung des AstA an alle Tageszeitungen zur Gebührenverweigerung.

13.4. Zusätzliche Presseerklärung zur Ausweitung der Kampagne auf den ges. Hochschulbereich.

19.6. Landespressekonferenz zum Thema 'Bildungsanleihe'

### AstA-Infos

Zahl der seit Semesterbeginn herausgegebenen Infos: 20  
Durchschnittliche Auflage 3.000 -5.000

### Hauptthemenbereiche:

VDS, Gebührenverweigerung, Ausländer-u. Internationalismus-Arbeit, Kam-bodscha-Demonstration, Konzil-Wahl, Erhaltung der studentischen Organe.

### ZAS:

Seit Semesterbeginn 4 umfangreiche Ausgaben von ZAS ( 14-seitig)

Aufl.: 12.000

### Hauptthemenbereiche:

#### Hochschulen:

VDS, Uni-Gründung Bremen, Selbstorganisation der Fachhochschüler, Sozialpolitik, AstA-Hochschulpolitik

#### Prod. Bereich:

Wilde Streiks  
Gewerkschaftsfrage

#### Internationalismus:

Kolonialismus (bes. Portugal)

Vietnam/ Kambodscha

Palästina-Konflikt,

Negerbewegung i.d. USA

# ZUM SOZIALPROGRAMM

Die Arbeit auf dem Sozialektor erfüllt im wesentlichen zwei Aufgaben:

1. Sicherung und Verbreiterung der materiellen Basis der Studierenden und Lohnabhängigen, um die Absorption durch Systemzwänge zu verhindern und ihnen politische Arbeit auch materiell zu ermöglichen. Hier hat die Arbeit auf dem Sozialektor weitgehend rein gewerkschaftliche und Dienstleistungsfunktionen wahrzunehmen.

2. Ausnutzung von Widersprüchen im außerbetrieblichen Bereich (Sozialisation, Wohnungsmarkt etc.), die infolge der Bewußtseinsverkehrung in der kapitalistischen Gesellschaft leichter politisierende Wirkung entfalten können als Konflikte in der eigentlichen Produktionssphäre. Die Arbeit an Nebenwidersprüchen erhält ihre Funktion letztlich jedoch nur in der Mobilisierung und antikapitalistischen Politisierung für betriebliche Auseinandersetzungen.

Auch und gerade studentische Sozialpolitik hat sich vornehmlich und ständig dem Anspruch zu unterstellen, die Absicherung der materiellen Basis nicht zur Absicherung kleinbürgerlicher Aufstiegsinteressen zu benutzen. Sie hat ihre Aktivitäten danach zu befragen, wie weit sie einen konkreten Beitrag zum Abbau der sozialen Bildungsbarrieren und zur Absicherung der Hilfsfunktionen darstellen, die die Intelligenz in den Klassenkämpfen des Proletariats zu übernehmen haben wird.

Ad 1.: Zur Sicherung der materiellen Basis gehört weiterhin der Kampf für eine familienunabhängige Ausbildungsförderung, ohne die von Chancengleichheit in der Ausbildung nicht geredet werden kann. Daß Ausbildung gesellschaftliche Notwendigkeit ist, insofern auch ein dieser Notwendigkeit entsprechendes Ausbildungshonorar notwendig ist, hat mittlerweile auch der Wissenschaftsrat begriffen, der jene studentische Forderung in einer durch Unverständnis gefilterten Form aufgegriffen hat, in der übermäßigen Betonung des Darlehensanteils dann allerdings doch wieder die Vorstellung von Ausbildung als persönliches Risiko einbringt.

Verglichen mit den Vorstellungen des WRs sind die Forderungen des Deutschen Studentenwerks schon akzeptabler, die als Übergangsregelungen für 1971 eine Heraufsetzung des Forderungsmaßbetrages auf DM 500,- -- und eine wesentliche Heraufsetzung des Einkommensfreibetrages vorsehen.

Zur Sicherung der materiellen Basis gehört ebenso - in Zusammenarbeit mit dem Studentenwerk - die Schaffung neuer Studentenwohnheime bei gleichzeitig garantierter weitestgehender Autonomie der einzelnen Heime in der Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten. Letzteres wurde erreicht durch die kürzlich verabschiedeten Wohnheimrichtlinien, die nach 1 1/2-jährigen Verhandlungen zwischen den ASTA-Vertretern und denen des Akademischen Senats zustande gekommen sind.

Sie garantieren den Heimselbstverwaltungen und den von ihnen bestellten Referenten eine völlige Autonomie in ihrer politischen Arbeit, ohne daß ihnen, wie bisher, ein patriarchaler Apparat von Protektoren und Prokuratoren (von der Universität bestellte Vertrauensdozenten) vorgelagert bleibt. Für diese Arbeit erhalten sie außerdem Stipendien und Verfügungsmittel.

Ad 2.: Zur Arbeit im Sozialisationssektor gehört vor allem die Mitarbeit im Kinderladenzentralrat und die organisatorische und finanzielle Hilfe bei der Neugründung und Einrichtung von Kinderläden. Die Hamburger Kinderläden (mittlerweile 13) sind seit einer Gesamtdiskussion Anfang Juni dabei, die notwendige, in geschrankter Perspektive rein antiautoritärer Erziehung zu überwinden und schrittweise über die Zusammenarbeit mit proletarischen Organisationen (SALZ) sich an der spezifischen Sozialisation der Arbeiter und an dem jeweiligen Stand des politischen Kampfes zu orientieren. Hierzu wurde der Zentralrat umorganisiert in ein Informations-, ein Redaktions- und drei Schulungskollektive. Außerdem bestehen Arbeitsgruppen zu Spielprogrammen und Fragen proletarischer Erziehung. Die Gründung eines Schülerladens ist für Herbst in Aussicht genommen.

Einen Ansatz für die Arbeit an Nebenwidersprüchen bietet neben dem Bereich der Sozialisation die immer katastrophaler werdende Lage auf dem kapitalistischen Wohnungsmarkt. Zur Vorbereitung einer Mietkampagne sind inzwischen in 8 Wohnheimen Arbeitsgruppen gebildet worden, die sich zunächst theoretisch mit einer Strukturanalyse des Hamburger Wohnungsmarktes beschäftigen werden, um alsdann praktische Agitations- und Aktionsansätze aufzuzeigen. Eine solche Mietkampagne hätte sich zu orientieren an den schon bestehenden oder entstehenden Ansätzen für Stadtteilbasisarbeit.

## BREMEN-PROJEKT

Die Problematik einer grundsätzlichen Reform der wissenschaftlichen Ausbildung kann an den traditionellen Universitäten von studentischer Seite nur in der Auseinandersetzung mit den mit den Ordinarien eingeleitet werden, die Reformdiskussion wird unter diesen strategischen Gegebenheiten häufig auf Studenerleichterungen reduziert, eine prinzipielle Neubestimmung der Rolle der Wissenschaften bereits im Vorfeld abgeblockt.

Unter diesen Gesichtspunkten kommt einer studentischen Mitarbeit bei der Planung einer neuen Universität eine besonderer Stellenwert zu. Zum anderen ist gerade in der Phase der Neugründung eine Universität besonders anfällig für technokratische Reformrezepte. Aus dieser Einschätzung heraus ist der ASTA gemeinsam mit den Göttinger, Erlanger und Frankfurter ASTen und Bas sgruppen sowie den Berliner Roten Zellen in die Planung der neuen Universität ein-

gestiegen, da sich dort zum ersten Mal bei einer Universitätsgründung in der BRD Wissenschaft in ihrer gesellschaftlichen Rolle zu begreifen scheint.

Die in dieser Situation in Bremen entwickelten und zu entwickelnden Modelle können exemplarischen Charakter auch für die traditionellen Universitäten gewinnen (wie z. B. das gemeinsame gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium für die Fächer Ökonomie, Jura, Soziologie, Geschichte und eventuell Lehrerbildung). Die Arbeit der Basusgruppenvertreter in den Planungskommissionen soll die Ansätze der Gruppen zur Kritik und prinzipiellen Neugestaltung der traditionellen Wissenschaft in den Planungsprozeß mit einbringen, gleichzeitig sollen die Ergebnisse dieser Kommission an die Basis zurückgeführt werden um auch hier die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Wissenschaft weiter voranzutreiben.

# GEBÜHREN – KAMPAGNE

## Solidarität im

## Gesamthochschulbereich

Der erfolgreiche Aufruf des Hamburger AStA zur Verweigerung der Studiengebühr ist als ein Bestandteil seiner Sozialpolitik zu sehen. Eine Kampagne, nämlich, die sich lediglich auf die Abschaffung der Gebühren beschränkt, verbessert direkt nur die materielle Lage der bereits Studierenden, die zum überwiegenden Teil aus der Ober- und Mittelschicht kommen (6% der Studierenden sind Arbeiterkinder, Honnefstipendiaten sind von der Gebühr ohnehin befreit);

Eine weitere Bevorzugung der durch das bestehende System ohnehin Privilegierten wäre die Folge. Die Abschaffung der Gebühren allein ändert substantiell noch nichts an der Struktur des Bildungs- und Förderungswesens, durch das die sozial Schwachen auch in der Bildung unterprivilegiert werden.

## Bildungsideologie

So gesehen war die Gebührenverweigerungs-Kampagne des AStA ein Ansatz für den Kampf gegen die sozialen Bildungsbarrieren, die durch die herrschende Bildungsideologie gefestigt werden. Diese beruht auf den Anschauungen:

- Bildung sei ein subjektives Interesse
- der Einzelne bzw. die Familie sei materielle Träger dieses Interesses
- als Investition müsse der Einzelne Entbehrungen auf sich nehmen
- das Investitions-Risiko sei durch die späteren Verdienstmöglichkeiten gerechtfertigt

Das auf dieser Ideologie basierende Ausbildungssystem hat eine Fülle von den irrationalen Zwängen und Unterdrückungsmechanismen produziert:

die finanzielle Abhängigkeit von der Familie behindert die Handlungsfreiheit bei der Wahl der Ausbildung und erzwingt über finanzielle Pressuren auch während der Ausbildung häufig Konformität und Wohlverhalten.

Den individuellen Emanzipationsversuchen stehen oft unüberwindbare Schranken gegenüber. Zum anderen dient die Ideologie von subjektivem Bildungsinteresse dazu, die Ausbildungskosten auf das Individuum abzuwälzen, während die Hauptnutznießer andere sind:

Nämlich in erster Linie diejenigen, welche die wirtschaftliche Verfügungsgewalt über Produktionsmittel haben und an deren rentablen Betrieb mit Hilfe wissenschaftlich qualifizierter Arbeitskraft interessiert sind.

In dem hierarchisch gegliedertem Ausbildungssystem (Volks-, Real-, Fachoberschulen, Gymnasien, Fachhochschulen, Akademien, Universitäten) mit seinen sozialen Selektionsmechanismen manifestiert sich die Klassenstruktur der Gesellschaft. Gerade im FHS-Bereich, der gekennzeichnet ist durch

- extremen Leistungsdruck,
  - verschulte Ausbildungsgänge,
  - schlechte Lernbedingungen (Ausstattung),
  - soziale Unsicherheit (2. Bildungsweg etc.)
- wird sie deutlich.

Der Gebührenstreik als konkreter Ansatz zur Offenlegung und partielle Durchbrechung der Klassen-Bildungssysteme dürfte sich daher nicht auf die Uni beschränken, sondern mußte sich auch an den viel offensichtlicheren Widersprüchen im FHS-Bereich orientieren. Der AStA hat deshalb gemeinsam mit der Selbstorganisation der Fachhochschüler den Gebührenstreik durchgeführt.

Nachdem in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen solche Kampagnen sofortige Gebührenfreiheit erwirkt hatten, leitete der Hamburger AStA am 10.4.70 mit einer Presseerklärung und einem Aufruf an alle Studenten den Gebührenstreik ein. Am 14.4. kündigten alle Hamburger ASten auf der Pressekonferenz des Uni-Präsidenten ihre gemeinsame Aktion an. Zwei Tage später beschloß die Ministerpräsidentenkonferenz den Wegfall aller Studiengebühren ab WS 70/71. Der Hamburger Senat ratifizierte die Empfehlung innerhalb einer Wochenfrist. Obwohl dies ein offenes Eingeständnis der Unhaltbarkeit ihrer Erhebung war, wurde die Forderung nach sofortigem Erlaß nicht erfüllt. Mit Flugblatt- und Plakataktionen ("Zahlt keine Studiengebühr") wurde die Kampagne fortgesetzt. Ein ständiger Informationsdienst des AStA gab zusätzliche Informationen. Uni-Präsident Fischer-Appelt zeigte nur zurückhaltende Solidarität: Zwar sicherte er zu, keine "akademischen Maßnahmen" (Belegverbot, Zwangsexmatrikulation) zu ergreifen, an die "üblichen gebührenrechtlichen Maßnahmen" (Zwangseintreibung) fühlte er sich jedoch gebunden. Durch Mahnungen versucht die Univerwaltung nun, die Verweigerung der Gebühren zu verhindern.

## Gegenwärtiger Stand

Bereits jetzt sind dem AStA-Aufruf rund 4.000 Uni-Studenten gefolgt. Weitere 3.000 Kommilitonen haben auf die Rechnungen bisher nicht reagiert. 3.000 Gebührenbescheide sind noch nicht verschickt.

An der Hochschule für Bildende Künste in Hamburg verweigern von 570 Studenten rund 500. Ihr Direktor hat sich voll hinter die studentische Forderung gestellt. An den Fachhochschulen mit geringen Studentenzahlen ist es der Verwaltung z.T. gelungen, die Solidarität innerhalb der Studentenschaft aufzuweichen.

An der Uni ist dies aufgrund der hohen Zahl der Verweigerer nicht möglich. Darüberhinaus ist die Zwangseintreibung aufgrund eines formalen Fehlers der Verwaltung nicht möglich: Das Fehlen einer Rechtsmittelbelehrung auf allen Rechnungen und Mahnungen dehnt die Widerspruchsfrist der "Zahlungspflichtigen" auf ein Jahr aus.

Die Fortsetzung der Verweigerung bedeutet praktische Solidarität mit den unterprivilegierten Fachhochschülern. Der AStA wird in Kürze Fischer-Appelt zu einer eindeutigen Stellungnahme auffordern.

## zas

Herausgegeben vom AStA der Universität  
Hamburg in Zusammenarbeit mit den  
Hamburger Schulen und Hochschulen.

Redaktionskollektiv: (verantwortlich)

Helmut Freiburg, Rüdiger Radler, Klaus Tonn,  
Elisabeth Kluska.

Mitarbeiter: Wolfgang Homfeld, John Tait, Gerhard  
Strate, Michael Danilow, Werner Loewe, Fritz Hansen,  
Kamran Ekbal.

Verlag und Redaktion: 2 Hamburg 13, Schlüterstr. 7,  
Tel. 4 10 30 64

Bankverbindung: Dresdner Bank, Harvesterhude 460 20

Herstellung: advertec Dierk Knütel,

2 Hamburg 56, Herwigredder 105

Druck: B. Poggensee, 2 Hamburg 50, Tel. 38 41 04